

Programm, das wir mit 3,3 Millionen € im nächsten Jahr unterstützen.

Die 27 regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien erweitern wir zu einem Netzwerk „Bildung und Integration“, damit sie auch in den Städten, wo sie heute noch nicht sind, in Zukunft ihre Arbeit entfalten können.

Dass diese Kinder durch diese Förderung zum ersten Mal größere Möglichkeiten erhalten, als sie sie in den letzten Jahren hatten, ist auch ein Beitrag zum „Jahr des Kindes“.

Die Zuwanderung nach Deutschland und Europa steht auch in einem direkten Zusammenhang zur internationalen Entwicklung. Deshalb ist es gut, dass diese beiden Themen hier zusammen erörtert werden und wir als Nord-Süd-Land der Bundesrepublik Deutschland ganz bewusst den Blick über den Tellerrand richten. Ich bin Christian Lindner dankbar, dass er heute noch einmal für die FDP betont hat, dass es eine Landesaufgabe ist, sich um Entwicklungszusammenarbeit zu kümmern.

Kein anderes Bundesland in Deutschland hat einen Standort der Vereinten Nationen. Kein anderes Bundesland hat 3.000 aktive Eine-Welt-Gruppen. Alle großen kirchlichen Entwicklungsinstitutionen, Unicef und die Deutsche Welthungerhilfe haben ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen. Bonn ist qua Bonn-Berlin-Gesetz zum Nord-Süd-Zentrum der Bundesrepublik Deutschland geworden. Viele Institutionen sind damals von Berlin nach Bonn umgezogen, sind den umgekehrten Weg gegangen, um dieses Profil zu stärken.

Eine Kritik an der alten Landesregierung ist, dass sich Frau Höhn um dieses Profil, um diese Themen nie gekümmert hat. Sie hat die 3.000 Eine-Welt-Gruppen im Blick gehabt – die haben wir auch im Blick –, aber das Profil Bonns für Nordrhein-Westfalen zu schärfen, ist etwas, was sich erst die neue Landesregierung zum Ziel gesetzt hat. Auf diesem Gebiet haben wir noch viel zu leisten, denn die Potenz von Bonn für die internationale Zusammenarbeit kennt schon in Köln niemand mehr, weil es nie zu einem Landesthema gemacht wurde.

Wir haben ganz bewusst in die Präsentationen anlässlich des Landesjubiläums entlang des Rheinufers, wo zwei Millionen Menschen gefeiert haben, die Nord-Süd-Politik mit hineingekommen. Die Millenniumsziele durch die Millenniumstore, die Kofi Annan in Bonn seinerzeit eröffnet hat, haben wir ebenfalls in die Bewusstseinsbildung im Lande eingebaut. Insofern gehen Ihre Vorwürfe,

dass dieses Politikfeld abgewickelt wird, fehl. Es bekommt im Gegenteil ein größeres Profil.

Alle Koalitionsfraktionen haben unterstrichen: Die Stiftung „Umwelt und Entwicklung“ wird bleiben, und wir werden gemeinsam an einem Konzept arbeiten, wie sie ihre Arbeit auch in Zukunft wahrnehmen kann.

Das Politikfeld „Integration und Generationen“ ist, wie der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung gesagt hat, für den Zusammenhalt der Gesellschaft entscheidend. Für den Zusammenhalt der Gesellschaft sind im Jahre 2006 ganz entscheidende Signale gesetzt worden, und diese werden 2007 in konkreter Umsetzung weiter ausgefüllt.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

Insofern fordere ich die Opposition auf, den Blick wieder auf diese Themenfelder zu richten und sich nicht an einer einzigen Stiftungsentscheidung festzubeißen. Sie können sicher sein, dass Internationalität bei dieser Landesregierung auch in Zukunft einen hohen Stellenwert haben wird.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Minister. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; die Redezeiten sind auch erschöpft. Ich schließe damit die Beratung zum Einzelplan 15.

Die Abstimmungen werden gemäß unserer gemeinsamen Verabredung erst nach 14 Uhr stattfinden.

Ich rufe den **Einzelplan 05** auf:

#### **Ministerium für Schule und Weiterbildung**

Ich weise auf die Beschlussempfehlung in Drucksache 14/3005 sowie auf die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Ihnen als Tischvorlage mit den Nummern 17 bis 20 vorliegen, hin.

Ich erteile das Wort für die SPD-Fraktion der Frau Abgeordneten Schäfer. Bitte schön.

**Ute Schäfer (SPD):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lassen Sie mich mit einem Zitat unseres Bundespräsidenten Horst Köhler vom 21. September 2006 beginnen:

„Der demografische Wandel muss für die Schule, für das Bildungswesen, als zusätzliche Chance genutzt werden. Sinkende Schülerzahlen eröffnen finanzielle Spielräume und neue

Gestaltungsmöglichkeiten. Machen wir was daraus!“

Am 22. März 2006 versprach Ministerin Sommer – ich zitiere aus einer Pressemitteilung –:

„Klar ist auch, dass die neue Landesregierung alle Lehrerstellen, die durch zurückgehende Schülerzahlen zur Verfügung stehen, im Schulbereich erhalten wird.“

Wie sieht die Realität in Nordrhein-Westfalen aus? – Ein Blick in den Haushalt, und die Ernüchterung ist da.

Für 2006 und geplant für 2007 verzeichnen wir insgesamt 3.400 abgebaute Lehrerstellen an Grund-, Haupt-, Real- und Förderschulen. Das ist die traurige Bilanz von Schwarz-Gelb nach zwei Jahren Regierungszeit. Das ist eine große Enttäuschung für diese Schulformen im Lande.

Diese Enttäuschung findet aber auch noch eine Fortsetzung. Die Pressemitteilung der Ministerin vom 22. März, die ich eben zitiert habe, enthielt eine weitere bemerkenswerte Aussage. Frau Ministerin Sommer sagte nämlich damals:

„Der Haushalt des Schulministeriums wächst in diesem Jahr trotz extrem schwieriger Haushaltslage um mehr als 300 Millionen €. Das zeigt einmal mehr, dass Bildung für die neue Landesregierung oberste Priorität besitzt.“

Meine Damen und Herren, damals waren Sie ja vielleicht noch neu. Aber was ist, seitdem Sie in Schwarz-Gelb angekommen sind? Im Jahre 2006 machen Sie die Priorität für Bildung ausdrücklich am Aufwuchs des Schuletats um mehr als 300 Millionen € fest. Gemessen daran ist das, was Sie dieses Jahr vorlegen, ein bildungspolitischer Offenbarungseid. Diesen Vorwurf kann ich Ihnen nicht ersparen.

(Beifall von der SPD)

Dieser Haushalt wächst um ein Mehr von 28 Millionen €. Diesem Mehr möchte ich eine andere Zahl entgegensetzen: Die Versorgungsansprüche im Einzelplan 05 für pensionierte Beamte steigen um 122 Millionen €. Man muss sich einmal auf der Zunge zergehen lassen, wo das Mehr letztlich bleibt. Man darf gespannt sein, wie Sie zukünftig diese Zahl schönreden werden.

Aber jetzt blicke ich nicht 39 Jahre zurück, wie Sie das immer wieder gerne tun – Herr Recker wird das bestimmt gleich auch wieder machen –, sondern ich blicke in die Zeit von 2003 bis 2005 zurück. Ich habe mir einmal den Aufwuchs des Haushaltes für Bildung in diesem Zeitraum ange-

sehen. Über drei Jahre haben wir diesen Haushalt um 923 Millionen € steigen lassen. Das heißt, es waren Jahr für Jahr 300 Millionen € mehr.

(Ralf Witzel [FDP]: Bei steigenden Schülerzahlen!)

Im zweiten Jahr der Regierungsverantwortung von Schwarz-Gelb beträgt der Aufwuchs gerade einmal 28 Millionen €, und hinzu kommen die steigenden Pensionslasten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das muss man sich vor Augen führen, wenn man dieser Priorität für Bildung nachspüren will. Ich sage, Sie sind keine Koalition der Erneuerung, sondern eine Koalition der Enttäuschung und eine Koalition der Täuschung.

(Beifall von der SPD)

Der zweite Bereich, den ich ansprechen möchte, sind die Lehrerstellen. Hier irritieren Sie uns fast täglich mit neuen Wasserstandmeldungen. Aber unterm Strich hilft ein schlichter Blick in den Haushaltsentwurf, den Sie vorlegen: Im Einzelplan 05 zeichnet sich nämlich auch für 2007 ab, dass Sie wieder einmal 500 Stellen abbauen wollen. Das heißt, Sie gehen ins Land Nordrhein-Westfalen und verkünden: Wir schaffen 4.000 zusätzliche Lehrerstellen. Aber schon letztes Jahr haben Sie das erste Mal 500 abgebaut. Dieses Jahr werden Sie weitere 500 abbauen. Auf Seite 121 ist nachzulesen, dass Sie bis zum Jahr 2008/2009 viermal 500 Lehrerstellen abbauen wollen. Dann bleiben in Ihrer Bilanz traurige 2.000 von 4.000 versprochenen Stellen übrig.

Also seien Sie endlich den Menschen im Land gegenüber ehrlich; ansonsten sind Sie eine Koalition der Täuschung!

(Beifall von der SPD)

Im Übrigen verweisen Sie gerne darauf, dass wir unter Rot-Grün diese 2000 kw-Stellen dort hineingeschrieben haben.

(Heiterkeit von der SPD – Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Ja, genau!)

– Ja, da freuen Sie sich. Sie sagen, das hätten wir gemacht. Aber wir haben diese Stellen nie realisiert!

(Lachen von CDU und FDP – Ralf Witzel [FDP]: Eine Täuschung des Parlamentes!)

Sie sind an die Regierung gekommen. Sie haben alle Möglichkeiten gehabt.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Es gab immer kw-Stellen; wir haben sie nicht abgebaut. Sie haben die kw-Stellen das erste Mal abgebaut. Aber Sie brauchen es doch gar nicht zu tun. Sie sind doch in der Regierungsverantwortung. Sie haben doch andere von uns initiierte Dinge auch nicht fortlaufen lassen, wie zum Beispiel das Fach „Integrierte Naturwissenschaften“. Das haben Sie sofort wieder abgeschafft. Dann hätten Sie das Verfahren bei den kw-Stellen doch auch beibehalten können.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie können sich nicht herausreden. Es ist Ihre Verantwortung, dass 2.000 Stellen in Nordrhein-Westfalen abgebaut werden sollen.

Wie berechtigt die Annahme ist, dass Sie die Menschen im Lande täuschen wollen, wird an einem Punkt ganz besonders deutlich:

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

an der Tatsache, dass Sie in diesem Jahr 120 Stellen an den Gesamtschulen für Schulleitungspauschale kürzen, ohne dies im Haushalt transparent nachzuweisen.

(Beifall von der SPD)

Das werfe ich Ihnen wirklich vor. Das ist eine Täuschung und Missachtung des Parlamentes gewesen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Zufällig ist das herausgekommen.

(Ralf Witzel [FDP]: Zufällig? Wir haben das kommuniziert!)

Dann haben wir im Parlament Frau Ministerin Sommer bei einer Mündlichen Anfrage befragt, wie sie diese 120 Stellen, die sie streicht, erklären will. Sie konnte es nicht!

Sie hat dann Herrn Link, dem damaligen Fragesteller, einen schriftlichen Bericht über diese Kürzung der 120 Stellen zugeleitet. Wir als Parlamentarier konnten dort nachlesen, wir hätten an der veränderten Schüler-Lehrer-Relation erkennen müssen, dass es um einen Abbau von 120 Stellen geht. Das ist eine echte Täuschung und Verschleierung Ihrer wirklichen Absichten.

(Beifall von der SPD)

Ich sage Ihnen: Von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit sind Sie weit entfernt.

(Zustimmung von der SPD)

Sie können uns auch nicht erklären, wie es zusammenpasst, dass Ihre Personalausgaben ohne

Versorgungsbezüge, also ohne Pensionen, um 0,6 % sinken, Sie aber munter im Land verkünden, Sie würden einen Stellenzuwachs finanzieren. Mehr Lehrer mit weniger Geld? Das können Sie wirklich niemandem erklären. Für die SPD-Fraktion sage ich: „Priorität für Bildung und Chancengleichheit“ bleibt für 2007 eine Leerformel oder eine Gleichung mit mehr als zwei Unbekannten.

Als Opposition erwarten wir in einem Haushaltsverfahren Transparenz durch die Landesregierung. Wir erwarten auch, dass Sie endlich für diesen Bereich einen Stufenplan einbringen, der deutlich macht, wie Sie Ihre bildungspolitischen Versprechungen umsetzen wollen. Dem entziehen Sie sich konsequent. Einen Plan brauchen Sie offensichtlich nicht.

Aber vielleicht unterziehen wir einmal Ihre politische Arbeit, Frau Ministerin Sommer, einer Qualitätsanalyse. Ich bin über eine Äußerung von Ihnen in einem Interview in der „WAZ“ am 6. Oktober 2006 gestolpert, über die man mehr als entsetzt sein kann:

„Lehrer mit Defiziten werden im Kollegium identifiziert und isoliert.“

und

„Bislang konnte man so vor sich hin dümpeln.“

Das haben Sie wörtlich in der „WAZ“ am 6. Oktober 2006 gesagt.

Ich frage mich wirklich: Was für ein Bild der Ihnen anvertrauten Lehrerinnen und Lehrer steckt hinter dieser Aussage und welche Klischees wollen Sie damit bedienen? – Wir sind schlichtweg entsetzt!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Für unsere Fraktion stelle ich fest, dass diese Landesregierung damit nicht nur Lehrerinnen und Lehrer, Schüler und Eltern im Regen stehen lässt, sondern auch die Kommunen. Unsere Anträge auf mehr Ganztags an allen weiterführenden Schulen, den wir dringend brauchen, haben Sie dreimal in Folge niedergestimmt.

Priorität für Bildung hat sich unter Ihrer Regierung sehr schnell als eine Farce entpuppt. Neue Aufgaben finden Sie viele, aber immer lassen Sie die Schulen nach dem geschilderten Muster mit der Umsetzung alleine. Gehen Sie doch einfach einmal an die Basis und fragen, wie das Klima an den Schulen in Nordrhein-Westfalen ist.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Ich sage Ihnen: Die Menschen im Land haben nach dem Regierungswechsel im Mai 2005 hohe

Erwartungen in Sie gesetzt. Aber Sie sind Stück für Stück dabei, diese Erwartungen zu entzaubern. Ich sage Ihnen: Sie produzieren damit Täuschungen und Enttäuschungen. Das haben unsere Schülerinnen und Schüler, unsere Lehrerinnen und Lehrer im Lande nicht verdient. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schäfer. – Für die CDU-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete Recker.

(Zuruf von der SPD: Jetzt bin ich gespannt!)

**Bernhard Recker** (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Schäfer, für eine ehemalige Ministerin war das ein bisschen billig – ich sage das ganz offen. Das betrifft insbesondere die Attacken, die Sie gefahren haben, wenn Sie von 260 bis 300 Millionen € im letzten Jahr sprechen. – Sie wissen doch, dass dieses Mehr der letzten Jahre in dieses Jahr mitgenommen wird und dass diese Mittel und diese Lehrer in diesem Jahr wieder zur Verfügung stehen. Selbstverständlich!

Das gilt auch, wenn Sie zum Schluss Ihrer Ausführungen fordern: Bitte mehr Ganztage für alle Schulformen! – Frau Schäfer, Sie haben 39 Jahre Zeit gehabt.

(Lachen und Zurufe von der SPD)

Sie haben es nicht einmal für die Hauptschule geschafft, also für eine Schule, die es dringend nötig hatte. Ich finde es ganz abenteuerlich, dass Sie es jetzt für alle Schulformen einfordern, wenn Sie 39 Jahre lang Gelegenheit dazu hatten.

(Lachen und Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, wir sind stolz darauf, dass wir heute für den Bildungsbereich diesen Haushalt in der Form vorlegen können, vor allen Dingen angesichts der dramatischen finanziellen Situation, die Sie uns hinterlassen haben.

(Beifall von der FDP)

Das jetzt auf den Weg zu bringen, finde ich großartig. Gerade vor 14 Tagen – das will ich auch berichten – hatte ich ein Gespräch mit etwa 150 betroffenen Eltern und Schulleitern in Dortmund. Dort ist sicherlich nicht alles schwarz durchtränkt. Sie sagten dennoch deutlich: Wir finden es toll. Hier ist etwas in Bewegung. Die Situation an den Schulen hat sich wesentlich verbessert. Es ist wesentlich besser als noch vor einem Jahr.

Natürlich gibt es noch Defizite. Wir werden nicht in einem Jahr alles ändern können, was in 39 Jahren verursacht wurde.

(Zurufe von der SPD)

Ich sage Ihnen: Ich bin der Schulministerin und der Koalition insgesamt sehr dankbar, dass der Schwerpunkt Bildung bei den Haushaltsberatungen oberste Priorität genießt.

Was war denn das Fazit nach 39 Jahren? Wenn laut Pisa fast 25 % der jungen Menschen nicht ausbildungsfähig sind, ist Arbeitslosigkeit vorprogrammiert. Das bedeutet für Tausende junger Menschen Perspektivlosigkeit. Hinzu kommt, dass in manchen Bereichen 20 % der Ausbildungsplätze mangels Ausbildungsfähigkeit nicht besetzt werden können. Das ist das Fazit nach so vielen Jahren Rot-Grün.

Wir werden für die vielen Betroffenen im globalen Wettbewerb nur eine Chance haben – wir werden die Löhne nicht weiter reduzieren können; für viele ist die Schmerzgrenze erreicht –, wenn wir unsere jungen Menschen besser qualifizieren. Dazu schafft dieser Haushalt die notwendigen Voraussetzungen.

Dazu einige wenige Fakten: 1.000 zusätzliche Lehrerstellen gegen Unterrichtsausfall, für Vertretungsaufgaben und individuelle Förderung. Wir schaffen 416 zusätzliche Planstellen für die offene Ganztagschule im Primarbereich, und 1.000 Vorgriffstellen verbleiben im System.

Frau Schäfer, fragen Sie doch einmal in Ihrem ehemaligen Hause nach, was bei den kw-Stellen, die Sie immer wieder erwähnen, geplant war! Man wird Ihnen sagen: Das war nur eine Alibierklärung. Nirgendwo war garantiert, dass diese Stellen im System bleiben sollten. Aber wir schaffen es jetzt, dass 1.000 Vorgriffstellen im System verbleiben.

(Ute Schäfer [SPD]: Sie bauen sie ab!)

Damit setzen wir die Kraftanstrengungen des letzten Jahres fort, und unsere Politik greift.

Frau Schäfer, ich frage Sie und alle von Rot-Grün: Ist es nicht eine wirklich klasse Leistung, den Unterrichtsausfall nach nur anderthalb Jahren Regierungsverantwortung um 45 % reduziert zu haben und in dem immens wichtigen Grundschulbereich gar um 76 % auf 0,9 %? Das sollten Sie positiv anerkennen, Frau Schäfer.

(Beifall von der FDP)

Ich erinnere an andere Weichenstellungen, die wir durchgeführt haben. Wir haben die Vertretungsre-

serve schrittweise eingeführt. Für die Grundschulen wurden bereits 900 Stellen zusätzlich zur Einführung einer echten Stellenreserve zur Verfügung gestellt. Dazu wurden die flexiblen Mittel für den Vertretungsunterricht reduziert. Aber – hier gibt es endlich Verlässlichkeit – statt befristeter Verträge können nun dauerhafte Anstellungen geschaffen werden. Auch für die anderen Schulformen wird schrittweise eine echte Stellenreserve aufgebaut. Zum 1. August 2007 wird diese bei 2 % liegen.

Wir haben die Qualitätsoffensive an Hauptschulen ausgebaut. Das haben Sie jahrelang versäumt, und damit haben Sie die Hauptschule in diese miserable Situation gebracht. Gerade der Ganztags ist ein wichtiger Beitrag zur Entkoppelung des schulischen Erfolgs von der sozialen Herkunft. Bereits zum 1. August dieses Jahres haben wir 100 Ganztags Hauptschulen und 23 öffentliche Ganztagsförderschulen in der Sekundarstufe I bewilligt. Wir werden weitere bewilligen. Die genaue Zahl wird in den nächsten Wochen festgestellt. Die große Nachfrage zeigt: Die Ganztags Hauptschule ist ein echtes Erfolgsmodell. Hier haben wir über 600 zusätzliche Stellen zur Verfügung gestellt.

Außerdem haben wir – auch das ist wichtig und wird überall anerkannt – den Sozialindex für Schulen eingeführt. Damit Schulen in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf besser unterstützt werden können, haben wir einen Sozialindex entwickelt. Hiernach konnten wir den Grundschulen weitere 600 Stellen zielgenau zuweisen und den Hauptschulen 500 Stellen zusätzlich zur Verfügung geben.

Wir haben auch die Qualität der offenen Ganztagschule verbessert und die Über-Mittag-Betreuung ausgebaut. Sie wissen, wir haben in einem ersten Schritt die Lehrerstellenanteile im Bereich der Offenen Ganztagsgrundschule verdoppelt. Im nächsten Jahr werden wir die Zahl der Plätze noch einmal steigern und dann ca. 160.000 Plätze erreicht haben. Das bedeutet einen Einsatz von 416 zusätzlichen Lehrerstellen. In dieser Legislaturperiode werden wir mehr als 200.000 Plätze in der offenen Ganztagschule im Primarbereich schaffen. Dann haben fast zwei Drittel der Grundschulen ein entsprechendes Angebot.

Aber auch für andere Betreuungsangebote wie das Programm „13 plus“ werden wir zusätzlich Geld in die Hand nehmen. Im nächsten Jahr stocken wir um 900.000 € auf. Das gibt uns die Möglichkeit, mit Beginn des Schuljahres 2007/2008 bis zu 300 zusätzliche Betreuungsgruppen an Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien und Förder-

schulen zu genehmigen. Das ist eine wichtige Antwort auf die reale Situation der Familien.

Letztlich werden wir auch jungen Lehrerinnen und Lehrern eine Zukunft geben. Wir haben mehr Referendare und Lehramtsanwärter zur Sicherung und Verbesserung der Unterrichtsversorgung eingestellt. Insgesamt sind im Jahre 2006 über 14.000 Ausbildungsplätze für den Vorbereitungsdienst zur Verfügung gestellt worden.

Fakt ist: Das Jahr 2006 markiert den Anfang einer neuen Ära in der Bildungspolitik unseres Landes.

(Zuruf von der SPD: Da haben Sie Recht!)

Fakt ist auch: Die schwarz-gelbe Koalition hat Wort gehalten und die Weichen neu gestellt. Es ist für alle erkennbar – unabhängig davon, wohin sie kommen –: Der Zug fährt im Jahr 2007 endlich mit Volldampf in eine neue Richtung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Recker. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Abgeordnete Beer.

**Sigrid Beer (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem Einzelplan 05 präsentieren die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen eine moderne Variante der drei berühmten Affen: nichts hören, nichts sehen, nichts verstehen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie nehmen gar nicht wahr, dass der Spruch vom modernsten Schulgesetz Deutschlands inzwischen zum Running Gag in den Schulen in NRW geworden ist.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die Koalition der Beteuerung und Fehlsteuerung verpasst mit diesem Haushalt eine weitere Chance, sich von längst überholten Schulkonzepten zu verabschieden, nicht mehr in Vergangenheit zu investieren, sondern ein Bildungssystem zu gestalten, das auch wirklich zukunftstauglich ist. Sie führen eine reaktionäre Bildungspolitik vor; denn Reaktion meint den Rückschritt auf vorhergehende Zustände und deren Fixierung gegen Fortschritt. Nirgends wird das deutlicher als an den Stellen, an denen davon gesprochen wird, dass die Schulen entlastet werden und individueller fördern können, weil Kinder im Alter von neun – demnächst acht – Jahren einer Schulform zugewiesen werden.

Ihr Integrationsplan – das sage ich sehr deutlich, Herr Palmen, auch auf Ihre Anmerkungen in meinem Rücken hin – ist keinen Pfifferling wert, wenn Sie die benachteiligenden Lernmilieus zulassen und Schülerinnen und Schülern mit schwierigen Lernausgangslagen und Zuwanderungsgeschichte ihren Platz in der Hauptschule zuweisen und diese Schulform künstlich am Leben erhalten,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

damit sich Realschule und Gymnasium nicht um den Anspruch individueller Förderung für alle Kinder kümmern müssen.

Frau Ministerin, entlarvend ist Ihre frisch eingetrafene Antwort auf meine Kleine Anfrage zu den Übergangsquoten an die Hauptschulen des Landes in diesem Jahr. Sie wollen die Karten nicht auf den Tisch legen und nennen die direkten Übergangsquoten aus den Grundschulen lieber gar nicht. Stattdessen schreiben Sie: Die tatsächliche Schülerzahl liegt aber wegen der Seiteneinsteiger und Wiederholer vielfach höher. – So heißt das jetzt im schwarz-gelben Schönsprech: Seiteneinsteiger.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das sind und bleiben die Abgeschulten, die mit Versagenserlebnissen Beschämten und Belasteten, die durch die hierarchisch gegliederten Schulformen Heruntergereichten und die Sitzenbleiber. Die Hauptschule ist keine Wunschschule – weder von Schülerinnen und Schülern noch von Eltern. Sie wird zum Sammelbecken derer, die sonst nirgends willkommen sind.

Die Landesregierung stellt mit einem Einzelbeispiel für eine Dortmunder Ganztags Hauptschule dar, wie sich die Lerngruppen auffüllen. Nur noch 14 Kinder sind aus der Grundschule direkt gekommen. Dazu kommen – ich zitiere aus der Antwort auf die Kleine Anfrage – neun neue Ausländer, sieben lernbehinderte Schüler und ein Wiederholer der Hauptschule. Es ist eine Zumutung, was Sie den Hauptschulen als Auffangbecken im gegliederten Schulsystem aufbürden und was Sie den Lehrkräften und den Kindern antun.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Der Ministerpräsident kann sein rotes soziales Kostüm getrost ausziehen. Er ist nicht der liebe Bildungsweihnachtsmann, sondern der Knecht Ruprecht, der die Kinder in Schulform-Schubladen steckt, die vor allem ein Beleg für das soziale und auch das ethnische Sortieren und damit das Ausgrenzen von Kindern sind.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, die Debatte um die Lebenslügen der CDU bleibt ein dauerndes Sommermärchen; denn auch die Ministerin kann sich nicht von der Systemlüge verabschieden. Im Gegenteil: Sie wird munter fortgeschrieben; denn in diesem Haushaltsplan werden die Prioritäten deutlich schulformbezogen gesetzt.

Die Gymnasien dürfen sich über ein Plus von 1.363 Stellen freuen. Dabei gehen beileibe nicht alle Stellen auf das Konto wachsender Schülerinnen- und Schülerzahlen, sondern sind einer gegenüber den übrigen Schulform deutlich größeren Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relation geschuldet. Dazu kommen die hohen Quoten der Stellen für Laufbahnwechsler und die attraktivere Besoldung.

Allen Beteuerungen zum Trotz, wie wichtig die möglichst frühe individuelle Förderung ist, werden dagegen 344 Stellen im Grundschulkapitel abgebaut, anstatt den demografischen Wandel genau an dieser Stelle zu einer deutlichen Verbesserung der Rahmenbedingungen zu nutzen, wie das im Übrigen die erfolgreichen Pisa-Länder tun. 846 Stellen sind der Tribut der Hauptschulen, 148 Stellen muss die Realschule abgeben, und der Gesamtschule werden sachwidrig 125 Stellen vorenthalten.

Es ist perfide, den Gesamtschulen, die mit die größten Integrationsleistungen im Gesamtsystem erbringen und gerade Kinder aus Zuwandererfamilien größeren Bildungserfolg ermöglichen, aus ideologischer Blindheit, gepaart mit einer konstanten Erkenntnisverweigerung, notwendige Stellen zu streichen

(Ralf Witzel [FDP]: Bleiben Sie doch sachlich!)

und diese Streichung damit zu begründen, in dem von mir kurz skizzierten Gesamtstellentableau des Haushaltsplans hätten Sozialpädagogen für Förderschulen sonst keine Stellen erhalten können. Das ist lächerlich. Es ist perfide, das in diesen Zusammenhang zu stellen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Nicht nur der Kollege Kaiser hat sich mit seinem Bild vom lahmen Gaul tüchtig vergaloppiert. Auch die Ministerin hat mit ihrer sinngemäßen Aussage, die Schulleitungspauschale an Gesamtschulen sei eine Vergeudung von Ressourcen und diene nicht der individuellen Förderung von Schülerinnen und Schülern, einen beispiellosen Affront vom Zaun gebrochen und ihre Fehlinterpretation und den Informationsbedarf über Schulleitungsaufgaben und -leistungen eindrucksvoll präsentiert.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Freude über die Verleihung des ersten deutschen Schulpreises an die Grundschule Kleine Kielstraße in Dortmund sind wir uns sicherlich einig. Aber macht es Sie eigentlich gar nicht nachdenklich, dass die ersten fünf Preise an Gesamtschulen gegangen sind, nämlich der erste Preis an die genannte Gesamtschule in der Primarstufe und die Preise zwei bis fünf an Gesamtschulen der Sekundarstufen I und II? Obwohl in der Auswahlkommission wahrscheinlich keine ausgewiesene Gesamtschul-Fangruppe saß, musste von ihr bestätigt werden, dass der Schulerfolg dort am breitesten verankert ist, wo die Lernbarrieren fallen, die gerade auch Strukturbarrieren und damit soziale Barrieren sind.

Diese Konsequenzen zieht die Landesregierung allerdings nicht. Erkenntnisverweigerung – ein zweites Mal.

Vielerorts gibt es Aufruhr in den Kommunen. Schulschließungen – gerade auch von Grundschulen – drohen. Schulverbünde werden blockiert. Gymnasien finden sich nach der einseitigen Schulzeitverkürzung im nackten Ganztags wieder – ohne Unterstützung bei der Mittagsversorgung und ohne Möglichkeiten, Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern Entspannungszeiten und -räume anbieten zu können. Hauptschulen, die fertige Ganztagskonzepte in den Schubladen haben, gucken in die Röhre; denn für sie gibt es keine neuen Mittel im kommenden Haushaltsjahr.

Lassen Sie die Schulen nicht weiter ins Leere laufen. Die Ganztagsmittel müssen für alle Schulen der Sekundarstufe geöffnet werden. Und lassen Sie die Schulen des gegliederten Systems endlich – endlich! – zusammenarbeiten, damit gerade im ländlichen Raum ein wohnortnahes Schulangebot erhalten bleiben kann.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die Aktivitäten der Landesregierung sehen jedoch anders aus. Das Ziel der Chancengleichheit wird – es mutet kaltschnäuzig an – vom Tisch gewischt. Wie sieht es denn bei den Lernmitteln für Arbeitslosengeld-II- und Asylbewerber-Familien aus? Arme Kinder in NRW erkennt man neuerdings an fehlenden Schulbüchern. Während Sie dieses Problem mit schönen Phrasen im Schulgesetz nach dem Muster: „Die Kommunen stellen dann sicher, dass ...“, zukleistern wollen, verschickt die Kommunalaufsicht schon Verbotsbriefe an Kommunen mit Haushaltssicherungskonzept.

(Frank Sichau [SPD]: Hört, hört! – Zuruf von Staatssekretär Günter Winands)

– Zum Beispiel in Gelsenkirchen, Herr Winands. Sie sollten auf dem Laufenden sein. – Der Landesregierung gelingt es trotz des Klimawandels, in den Schulen sozialpolitischen Dauerfrost zu erzeugen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die Aussagen, die sich das Ministerium in der Auseinandersetzung mit den kommunalen Spitzenverbänden leistet, sind wahrhaft ein Stück aus dem Tollhaus und lesenswert, Herr Winands. Ich empfehle Ihnen allen die kurze Serie von Kleinen Anfragen als besinnliche Weihnachtslektüre.

Potemkinsche Dörfer erzeugt das Ministerium weiterhin in Bezug auf die Zahl der neuen Lehrerstellen. Diese Taschenspielertricks kennen wir schon aus dem letzten Haushalt. Es wird versucht, alles doppelt und dreifach zu vermarkten – nach dem Motto: Ein neuer Anstrich, und keiner merkt es. Lassen Sie mich dazu den stellvertretenden Vorsitzenden des Philologenverbandes NRW, Gerhard Müller-Frerich, zu Wort kommen, der ausführt, dass Ergänzungsstunden der individuellen Förderung dienen sollen bei Problemen in einzelnen Fächern, zur Förderung besonderer Begabungen, für Aufsteiger aus anderen Schulformen und zur Aufstockung von Stunden, zum Beispiel in der dritten Fremdsprache.

„Konzepte,“

– so führt er wörtlich aus –

„die all dies mit den fünf freien Ergänzungsstunden vermögen, haben sicherlich die Stufe höchster Genialität erreicht.“

Schulen werden zusätzliche Stellen für individuelle Förderung für den Ausgleich benachteiligender Lernausgangslagen versprochen. „Sozialindex“ heißt das richtige Instrument. Aber auch hier gilt: Rechte Tasche, linke Tasche! Die Stellen werden durch ein unsinniges Verfahren zur Sprachstandserhebung in den Kitas aufgesogen.

Ein Blick auf die Unterrichtsgarantie: Das, was Sie vorgelegt haben, ist eine Anwesenheitsstatistik, die auf dem Rücken der Lehrer und Lehrerinnen ausgetragen wird, die häufig genug schon am Limit arbeiten. Das gilt besonders auch für die Teilzeitkräfte im Grundschulbereich. Lediglich die Anwesenheit von Schülerinnen und Schülern in der Schule wird abgefeiert, egal welche Qualität der Unterricht hat.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die Koalition der Beteuerung und die Koalition der Enttäuschungen versäumt die notwendigen Weichenstellungen. Kurz nach dem dramatischen Ereignis in Emsdetten spricht die Ministerin davon, dass mehr Schulpsychologen gebraucht werden. Jetzt wird zurückgerudert: Die 27,5 Stellen, die an Gesamtschulen verankert sind, sollen über das Land verteilt werden.

Wir werden einen Entschließungsantrag auf den Tisch des Hohen Hauses legen, der deutlich macht, welche Hausaufgaben Sie zu erledigen haben, damit Schulen endlich das notwendige Unterstützungssystem erhalten, wie endlich mehr multiprofessionelles Personal in die Schulen kommt, wie wirklich umgesteuert wird und ernst gemacht werden kann mit individueller Förderung und der Förderung des sozialen Zusammenhalts, einem Thema, das Sie so gerne außen vorlassen.

Angesichts der Überweisungsquoten an die Förderschulen müssten Sie eigentlich schlaflose Nächte haben. Ein Beispiel: Fast 11.000 € pro Kind wenden wir dort auf, anstatt das Geld in verbesserte Rahmenbedingungen an den allgemeinbildenden Schulen zu stecken, damit die Förder- und Integrationsleistungen dort erbracht werden können.

Wir fordern Sie deshalb auf, endlich die Weichen für eine Qualifizierungsoffensive im Land zu stellen sowie die notwendigen Ressourcen dafür zu investieren. Die Krönung Ihrer Initiativen in diesem Jahr ist leider nur die irrationale und ideologiegesteuerte Eliminierung des Landesinstituts für Schule in Soest.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Zum Schluss bleibt mir noch das bittere Kapitel der Weiterbildung: Unter massivem öffentlichen Druck haben Sie die Kürzungen zurückgefahren. Es fehlten der Koalition der Beteuerung aber offensichtlich die Kraft und der Wille, bei dieser eklatanten Fehlsteuerung das Ruder gänzlich herumzureißen.

Ich zitiere:

„Weiterbildung als Erweiterung der Lebenschancen, als Beitrag zur Gestaltung des demokratischen Gemeinwesens und als wichtiger Baustein des Standorts NRW setzt Pluralität und Trägervielfalt voraus.“

Weiter heißt es an anderer Stelle:

„Die Förderung und Stärkung der allgemeinen politischen, kulturellen und beruflichen Weiterbildung sowie die Familienbildung wird durch

eine finanzielle Grundförderung des Landes auf dem Niveau des Jahres 2000 gesichert.“

Unterschrieben ist das von Jürgen Rüttgers, Bernhard Recker, Michael Ezzo Solf, Klaus Kaiser, Ursula Doppmeier. Es handelt sich dabei um den Entschließungsantrag der CDU vom 19.04.2005. – So viel zu den Halbwertzeiten christdemokratischer Versprechen. Von der Weiterbildungsumfallerparade will ich gar nicht erst reden. FDP ist ihr Name.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es ist schon dreist, den Menschen verkaufen zu wollen, man werde in der Weiterbildung noch etwas draufpacken. Die begrüßenswerten ESF-Mittel sind kein Ersatz für wegbrechende strukturelle institutionelle Förderung. Das wissen Sie ganz genau, versuchen aber, die Öffentlichkeit weiter hinters Licht zu führen. Es bleibt dabei: Die Weiterbildung in NRW wird noch einmal mit mehr als 10 % Kürzungen im Vergleich zu 2006 zur Kasse gebeten und ist das permanente Sparschwein im Einzelplan 05.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete Beer. – Für die FDP-Fraktion erhält das Wort Frau Pieper-von Heiden.

**Ingrid Pieper-von Heiden (FDP):** Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Das war Sigrid Beers Märchenstunde.

(Beifall von der FDP – Oh-Rufe von der SPD)

Aber zu Weihnachten sollte man andere Märchen erzählen, als Horrorvisionen zu verbreiten, Frau Beer. Nicht etwa, weil das Weihnachtsfest vor der Tür steht und die Opposition etwas milder und ehrlicher gestimmt sein sollte, fällt es heute leicht, hier am Rednerpult zu stehen und über den Haushalt 2007 für den Bereich Schule und Weiterbildung zu sprechen, meine Damen und Herren, sondern vor allem mit Blick auf die Tatsache, dass der dringend notwendige und von uns eingeschlagene Weg zur Haushaltskonsolidierung und Haushaltssanierung konsequent fortgesetzt wird, bietet der vorgelegte Haushaltsentwurf allen Grund zur Freude. Dieser ist der Beweis dafür, dass dem Thema Bildung tatsächlich oberste Priorität eingeräumt wird.

Der Bereich Schule und Weiterbildung ist der mit Abstand größte Einzeletat des Landes. Die vorgelegten Zahlen machen deutlich, dass die Voraussetzungen für eine weitere qualitative Verbesse-



rung der Schulen in Nordrhein-Westfalen geschaffen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass auf das Wort von FDP und CDU Verlass ist, belegt die Tatsache, dass auch im Jahr 2007 1.000 zusätzliche Lehrerstellen gegen Unterrichtsausfall, für Vertretungsaufgaben und für die individuelle Förderung geschaffen werden.

(Beifall von FDP und GRÜNEN)

Damit sind seit dem Regierungswechsel vor ein- einhalb Jahren 3.000 zusätzliche Stellen geschaffen worden.

(Beifall von der FDP)

Ab dem Schuljahr 2007/2008 erhalten die Grund- schulen einen Stellenzuschlag, der 3 % der Grundstellenzahl entspricht. Konkret sind das 940 Stellen. Die Hauptschulen werden insgesamt 520 zusätzliche Stellen und damit einen Zuschlag gegen Unterrichtsausfall erhalten, der 4 % der Grundstellenzahl entspricht. Dabei sind wir fast an unseren früheren Idealvorstellungen einer schul- eigenen Vertretungsreserve angelangt. Darauf möchte ich einmal verweisen.

(Beifall von der FDP)

Nicht zu vergessen die 250 Stellen für Sozialpä- dagoginnen und Sozialpädagogen mit nun dauer- hafter Beschäftigung!

An dieser Stelle möchte ich auf eine Neuerung eingehen, die Schluss macht mit der Förderung nach dem Gießkannenprinzip, wie wir sie unter Rot-Grün gewöhnt waren: Die Verteilung der zu- sätzlichen Stellen bei Grund- und Hauptschulen wird auf der Basis des sogenannten Sozialinde- xes vorgenommen, der soziodemografische Merkmale berücksichtigt. So können die Schulen mit mehr Lehrerstellen rechnen, um sich der indi- viduellen Förderung auch widmen zu können und dafür zu sorgen, dass sich die soziale Herkunft künftig nicht mehr auf die Bildungschancen der Kinder auswirkt. Hier haben Sie in der Vergan- genheit nicht reagiert.

Zu erwähnen sei an der Stelle kurz auch noch einmal das Thema „Vorschulische Sprachförde- rung“, zu dem Herr Minister Laschet bereits ge- sprochen hat. Leider wurde in den vergangenen Jahren von Rot-Grün viel zu wenig dafür getan. FDP und CDU haben die Verpflichtung hierzu im Schulgesetz verankert und die Mittel bereits im Jahr 2006 im Vergleich zum Jahr 2005 auf mehr als das Doppelte erhöht. In konkreten Zahlen spreche ich hier von einer Erhöhung von 8,1 Milli- onen € auf 17,65 Millionen €.

Erfreulich ist auch die Ausweitung der Ganztags- angebote im Primarbereich. 416 weitere Lehrer- stellen werden hierfür bereitgestellt. Im Umfang der Ausweitung steigen auch die Fördermittel für die offene Ganztagschule. Für das Jahr 2007 sind mehr als 197 Millionen € für die Ganztags- schulen und Ganztagsangebote veranschlagt. Das sind 43 Millionen € mehr als in diesem Jahr. Und Sie wagen es, davon zu sprechen, dass es keinen Aufwuchs für die Bildung gebe und die Priorität einkassiert sei. Das finde ich unredlich, meine Damen und Herren von der Opposition.

(Beifall von FDP und CDU)

Ein weiterer Beleg dafür, dass die Unterrichtssitu- ation und die Unterrichtsversorgung an den Schu- len in Nordrhein-Westfalen seit der von CDU und FDP geführten Regierung große Fortschritte ma- chen, ist die Verbesserung der Schüler-Lehrer- Relation.

(Frank Sichau [SPD]: Fortschritt mit „V“!)

Betrug sie bei der alten Landesregierung noch 18,59, so ist sie von der neuen Landesregierung kontinuierlich verbessert worden. Im Haushalts- jahr 2006 betrug sie 18,14, im Haushaltsentwurf für das Jahr 2007 liegt sie schon bei 17,86. Das sind doch Zahlen, die für sich sprechen.

Beeindruckend ist auch die Zahl der Lehrerein- stellungen. In diesem Jahre sind über 7.400 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt worden.

(Frank Sichau [SPD]: Und wie viele pensio- niert worden?)

Das ist eine der höchsten Einstellungszahlen in den letzten Jahren überhaupt.

(Carina Gödecke [SPD]: Was genug ist, ist genug!)

Wir haben jetzt jüngere Kollegien an den Schulen. Über 2.300 Einstellungen konnten davon allein für die Grundschulen des Landes vorgesehen wer- den. Wir erinnern uns: Viele Bewerber hatten in der Vergangenheit nur befristete Vertretungsstel- len. – Nun sind sie dauerhaft im Schuldienst be- schäftigt. Es ist toll, dass wir der Überalterung der Lehrerkollegien auf diese Weise begegnen konn- ten. Das haben Sie doch selbst immer beklagt.

Dass auch die Mittel für die Lehrerfortbildung er- höht werden, haben wir vor allem im Zusammen- hang mit der individuellen Förderung mit Freude zur Kenntnis genommen. 2007 wird die Summe aus 2006 um rund 1,8 Millionen € erhöht. Dann stehen insgesamt 8 Millionen € zur Verfügung.

Nach Ansicht von FDP und CDU bereichern Ersatzschulen das Schulangebot in Nordrhein-Westfalen. Das spiegelt auch der Haushaltsentwurf wider. Für die Refinanzierung werden mehr als 1,05 Milliarden € eingesetzt. Im Umfang von 100 Stellen werden die Mehraufwendungen der Ersatzschulträger gegen Unterrichtsausfall refinanziert.

Wir haben uns sofort nach dem Regierungswechsel dafür eingesetzt, dass die Eigenleistung der Träger von privaten Ersatzförderschulen auf 14 % gesenkt wurde. Eine weitere Senkung ist laut Ministerin Sommer geplant.

Lassen Sie mich abschließend noch ein paar Worte zur Weiterbildung sagen. Wie aus unserer bisherigen parlamentarischen Arbeit bekannt sein dürfte, hält die FDP eine solide und qualitätsorientierte Weiterbildungslandschaft in Nordrhein-Westfalen für unverzichtbar.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das ist ja lachhaft angesichts Ihrer Politik!)

Angesichts der demografischen Entwicklung und der sich schnell ändernden gesellschaftlichen und beruflichen Anforderungen gewinnt das lebenslange Lernen zunehmend an Bedeutung.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Der Lügendetektor im Himmel piepst jetzt aber!)

Keiner wird abstreiten, dass unterschiedliche Landesregierungen in den letzten Jahren mehrfach in Folge finanzielle Konsolidierungsbeiträge von den Weiterbildungseinrichtungen eingefordert haben. Mitte November haben sich FDP und CDU zum Wohle der Weiterbildung auf notwendige Korrekturen am Entwurf des Landeshaushalts für das Jahr 2007 geeinigt. Die größte Veränderung betrifft nun einmal diesen Bereich.

Der Ansatz für die Landesförderung nach dem Weiterbildungsgesetz wurde um 10 Millionen € erhöht. Hinzu kommen zusätzlich 12 Millionen € für Weiterbildungszwecke aus ESF-Mitteln. Insgesamt stehen somit für die Weiterbildung im nächsten Jahr

(Carina Gödecke [SPD]: Und Sie sagen, es sei Weihnachten und wir erzählten Märchen!)

somit rund 100 Millionen € zur Verfügung. Das sind in der Summe rund 4 Millionen € mehr als im Jahr 2006.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Sie haben es immer noch nicht verstanden!)

Darüber sind wir sehr froh; denn das war ein großer Kraftakt.

(Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

– Frau Gödecke, Sie sind lange genug in der Politik, um zu wissen, dass so etwas einen großen Kraftakt darstellt.

Wir sind froh und stolz darüber, dass wir diesen hibekommen haben. Wir konnten an dieser Stelle für wirklich erhebliche Verbesserungen sorgen, die allseits anerkannt werden.

Meine Damen und Herren, alles in allem liegt uns ein runder Haushaltsentwurf vor, dem die FDP uneingeschränkt zustimmen wird. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Frau Pieper-von Heiden. – Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Sommer das Wort.

**Barbara Sommer,** Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem Haushalt 2007 setzen wir im Schulbereich konsequent unseren Kurs fort.

(Zuruf von der SPD: Das ist ja das Schlimme!)

Dieser lautet: Mehr Investitionen in Schule und Unterricht.

Wir treffen Entscheidungen für unser Land und für die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Eckdaten dafür lauten: Investitionen für eine früher einsetzende bedarfsgerechte Sprachförderung, viel mehr Spielraum für individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler, Ausbau des Ganztagsangebots, 1.000 Stellen gegen Unterrichtsausfall, 1.322 zusätzliche Stellen für Lehramtsanwärter/Referendare, Aufstockung des Fortbildungsbudgets für die Schulen und – last but not least – mehr Mittel für die wichtige Arbeit – Frau Pieper-von Heiden hat es eben erwähnt – unserer Ersatzschulen.

Frau Beer, ich greife das noch einmal auf. Sie haben eben darauf hingewiesen, dass die Grundschule Kleine Kielstraße aus Dortmund kürzlich in Berlin mit dem Deutschen Schulpreis ausgezeichnet wurde. Zwei weitere Schulen aus Nordrhein-Westfalen waren für diesen Preis nominiert.

Alle drei Schulen stehen stellvertretend für alle Schulen in NRW, die sich auf diesen richtigen Weg gemacht haben und ihre neuen Chancen nutzen.

(Beifall von CDU und FDP)

Mein Kollege Minister Laschet hat eben schon sehr viel zur Sprachförderung gesagt. Durch diese frühe Sprachförderung wird eine Chancengerechtigkeit für diejenigen Kinder hergestellt, die nach dem bisherigen Verfahren bereits am Tag der Einschulung benachteiligt waren. Im nächsten Jahr können alle Kinder mit Förderbedarf bereits zwei Jahre vor der Einschulung an einem vor-schulischen Sprachförderkurs teilnehmen.

Inzwischen hören wir auch vom ehemaligen Landesvorsitzenden der SPD, dem jetzigen Bundesarbeitsminister, Franz Müntefering, dass er unsere Vorstellungen einer Sprachförderung von Kindern im Alter von 4 Jahren für außerordentlich richtig hält.

(Beifall von CDU und FDP)

Chancengleichheit, meine Damen und Herren, hat auch etwas mit Zeit zu tun, die Lehrkräften und Schulen für Kinder und Jugendliche zur Verfügung steht. Diese Regierung gibt den Schulen die personellen Ressourcen, damit sie Lern- und Förderzeiten ausbauen können. In der Hauptschule, der Realschule, der Gesamtschule und den zielgleichen Bildungsgängen der Förderschule wird die Stundentafel schrittweise von 179 auf 188 Stunden erhöht.

Im verkürzten Bildungsgang des Gymnasiums wird die Unterrichts- und Förderzeit entsprechend ausgebaut. Hierfür werden insgesamt 2.400 Stellen bereitgestellt. Die Ergänzungsstunden, die auf diese Weise aufgestockt werden, sind vorrangig für individuelle Förderung einzusetzen. Im Rahmen der Reform der gymnasialen Ausbildung werden für das Gymnasium ab dem Schuljahr 2005/2006 sukzessive weitere 1.420 Stellen ausgewiesen. Diese Stellen sind für die Ausweitung der Stundentafel bestimmt und ermöglichen gleichzeitig mehr individuelle Förderung.

Eine Stärkung von Bildung und Erziehung an unseren Schulen heißt für mich auch Ganztagsangebote. Der Ganztag ist nicht zuletzt ein wichtiger Beitrag zur Entkopplung des schulischen Erfolgs von der sozialen Herkunft.

Eine gute Botschaft vor Weihnachten: Zum 1. August 2007 werden wir bis zu 35 zusätzliche erweiterte Ganztags Hauptschulen mit 11.000 Plätzen genehmigen.

(Beifall von der CDU)

Das Genehmigungsverfahren wird jetzt eingeleitet.

Meine Damen und Herren von der SPD, ich höre oft aus Ihren Reihen: Mehr und vor allen Dingen schneller! – Zu Ihrer Zeit hatten Sie beim Thema Ganztag nur die Gesamtschulen im Blick. Die Hauptschulen sind dabei in Vergessenheit geraten. Im nächsten Jahr werden wir die Zahl der Plätze in der offenen Ganztagschule im Primarbereich um 44.000 auf dann 160.000 aufstocken. Wir schaffen hierfür 416 Lehrerstellen. Wir werden im Jahr 2007 insgesamt rund 43 Millionen € zusätzlich aufbringen, um die Ganztagsangebote in der Primarstufe qualitativ und quantitativ weiter auszubauen.

In diesem Zusammenhang erinnere ich daran, dass wir im vergangenen Jahr den Lehreranteil in der offenen Ganztagschule verdoppelt haben. Damit erreichen wir eine deutliche Verzahnung des Vor- und des Nachmittags. Das ist bislang äußerst positiv aufgenommen worden, wie die ersten Reaktionen zeigen.

Wir stocken im Übrigen auch die Mittel für das Programm „13 Plus“ in der Sekundarstufe I noch einmal um 900.000 € auf. Das gibt uns die Möglichkeit, mit Beginn des Schuljahres 2007/2008 bis zu 300 weitere Betreuungsgruppen an Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien und Förderschulen zu genehmigen.

Unterrichtsausfall – ein Thema, das die Eltern und die Schulen in der Vergangenheit sehr bedrückt hat. Diese Landesregierung behauptet nicht, jedweden Unterrichtsausfall an unseren Schulen verhindern zu können.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Gödecke?

**Barbara Sommer,** Ministerin für Schule und Weiterbildung: Nein. – Klar ist für uns nur: 5 Millionen Unterrichtsstunden, die früher Jahr für Jahr ausfielen, konnten wir nicht länger hinnehmen.

Gemeinsam mit den Lehrerinnen und Lehrern haben wir bereits erhebliche Anstrengungen unternommen, um den Unterricht, der in den Stundenplänen der Schulen steht, auch stattfinden zu lassen. Dass wir dabei erfolgreich sind, macht ein Bericht aus der „Zeit“ vom 21. September dieses Jahres deutlich. Dort heißt es – ich zitiere –:

„Das hat er seit 15 Jahren nicht mehr erlebt. Am Kopernikus-Gymnasium im Duisburger

Stadtteil Walsum beginnt das Schuljahr, und alle Lehrerstellen sind besetzt. Zu 100 %,“

(Beifall von CDU und FDP)

„das müssen sie sich einmal vorstellen“, sagt Schulleiter Hans Peters.“

Und er ist immerhin Vorsitzender der Rheinischen Direktorenvereinigung.

(Carina Gödecke [SPD]: Was sagt uns dieses?)

Meine Damen und Herren, Sie kennen die Ergebnisse der Stichprobe zum Unterrichtsausfall vom Mai diesen Jahres. Die Stichprobe belegt, dass die Situation an der Duisburger Schule kein Einzelfall ist.

(Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

Im Vergleich zum Vorjahr ist es gelungen, den Unterrichtsausfall um 45 % zu reduzieren. Die 1.000 zusätzlichen Stellen, die wir den Schulen unmittelbar nach Übernahme der Regierungsverantwortung zur Verfügung gestellt haben, zeigen deutlich ihre Wirkung. Aber – das sage ich auch mit großem Respekt vor meinen Kolleginnen und Kollegen vor Ort – das haben wir auch unseren Lehrerinnen und Lehrern zu verdanken.

Zum 1. August 2006 haben wir, wie versprochen, noch einmal 1.000 Stellen gegen Unterrichtsausfall geschaffen. Mit dem Haushalt 2007 werden wir zum August 2007 weitere 1.000 Stellen an die Schulen geben.

(Beifall von CDU und FDP)

Leider ist Frau Kollegin Kraft nicht da; vielleicht kann man ihr Folgendes übermitteln: Sie hat mich in einer öffentlichen Sitzung am 30. August bei der Einbringung des Haushaltes gefragt, wie ich den Unterrichtsausfall, von dem ihr Sohn betroffen sei, abbauen werde. – Sie wird es bereits gemerkt haben: Schon seit Schuljahresbeginn hat das Gymnasium, an das der Sohn von Frau Kraft geht, eine deutlich bessere Stellenausstattung als noch zu Zeiten ihrer Regierungsverantwortung.

(Beifall und Heiterkeit bei CDU und FDP)

Im Schuljahr 2004/2005 war die Schule unterbesetzt; das ist richtig. Jetzt ist sie voll besetzt.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, gute Schulen benötigen gute Lehrer. Wir verstärken daher mit dem Haushalt 2007 noch einmal unsere Anstrengung zur Ausbildung des Lehrernachwuchses und sehen hierfür 1.322 Stellen zusätzlich vor.

Wir haben die Fortbildungsbudgets der Schulen in diesem Jahr bereits auf 6 Millionen € erhöht. 2007 planen wir dafür 8 Millionen € ein.

Sie wissen, dass dieser Landesregierung die privaten Ersatzschulen genauso am Herzen liegen wie die öffentlichen Schulen. Die Ersatzschulen bereichern unser Schulsystem. Das haben wir auch deutlich ins Schulgesetz geschrieben. Die Ersatzschulen nehmen selbstverständlich an den strukturellen Verbesserungen der öffentlichen Schulen teil. Im Ergebnis stellen wir für die Ersatzschulen in 2007 1,05 Milliarden € bereit. Das sind 22 Millionen € mehr als in diesem Jahr.

Erlauben Sie mir ein Wort zur Weiterbildung. Sie wissen, die Koalitionsfraktionen haben die Mittel für Weiterbildung gegenüber dem ursprünglichen Entwurf um 10 Millionen € aufgestockt. Damit stehen im nächsten Jahr 100 Millionen € zur Verfügung. Mit den 12 Millionen € aus dem Europäischen Sozialfonds sind das 4 Millionen € mehr als 2006. Besonders begrüße ich, dass mit den 10 Millionen € Angebote für gesellschaftliche Gruppen gefördert werden sollen, die unserer besonderen Unterstützung bedürfen. Wir fördern Sprache, wir legen Programme für Benachteiligte auf, wir gehen mit Bildung gegen Arbeitslosigkeit vor, wir bieten berufliche Bildung, politische Bildung und Wertebildung an.

(Carina Gödecke [SPD]: Aber Sie kürzen bei der Weiterbildung! Sagen Sie das dem Publikum auch einmal!)

Wir wollen die zusätzlichen 10 Millionen € mit einem Qualitätsschub verbinden. Deshalb sollen sich alle Einrichtungen, die im Weiterbildungs-gesetz erfasst sind, bis zum Jahr 2009 einer Qualitätsprüfung unterziehen, zum Beispiel durch den Gütesiegelverbund Weiterbildung e. V. Ab 2010 sollen nur noch zertifizierte Einrichtungen gefördert werden. Wir wollen aber auch über die Weiterbildungsförderung insgesamt öffentlich Rechenschaft ablegen. Daher soll die Wirksamkeit der Weiterbildungsmittel bis 2010 evaluiert werden.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen – auch von der Opposition –, auch ich habe gerade viele Zahlen genannt. Zahlen sind die eine Sache. Ich glaube, es ist auch wichtig, über die Inhalte zu reden.

In dem Zusammenhang greife ich das auf, was Kollegin Löhrmann vor einiger Zeit öffentlich im Plenum gesagt hat. Sie hat sinngemäß gesagt: Frau Sommer ist zwar nett, aber ihre Bildungspoli-

tik ist schrecklich. – Ich greife das jetzt einmal auf und sage: Frau Beer, Sie sind nett, aber Ihre Ideen sind schrecklich. Aber wenigstens haben Sie Ideen! Das habe ich von Frau Schäfer nicht gehört. Frau Schäfer hatte nur einen Zahlensalat. Aber wir brauchen für unsere Schulen Inhalte, denn da muss es ankommen.

(Zurufe von der SPD)

Wir müssen über Inhalte diskutieren. Dieser Diskussion sollten Sie sich stellen. Sie sollten nicht irgendwelche Inhalte in den Raum stellen, die Sie nach zwei Tagen wieder verschwinden lassen müssen. – Danke.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Frau Abgeordnete Stotz.

**Marlies Stotz (SPD):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich zu dem eigentlichen Inhalt meiner Ausführungen, nämlich der Weiterbildung, komme, will ich auf das eingehen, was Frau Ministerin gerade zu den Ganztagschulen gesagt hat.

Sie haben versucht, den Eindruck zu erwecken, als sei unter Rot-Grün bei den Ganztagschulen – außer bei den Gesamtschulen – nichts gelaufen. Das möchte ich ausdrücklich zurückweisen. Die offene Ganztagsgrundschule ist ein rot-grünes Projekt, das wir gegen den erbitterten Widerstand Ihrer Kollegen, die in der letzten Legislaturperiode hier saßen, durchgesetzt haben.

(Beifall von der SPD)

Erst als der Zug schon aus dem Bahnhof war, als alle Kommunen diese Projekte umsetzen wollten, hat die CDU gemerkt, dass dies ein Zukunftsthema ist. Jetzt versucht sie, es so darzustellen, als wäre es ihr Programm gewesen. Herr Recker, auch Sie haben sich da in der letzten Legislaturperiode nicht mit Ruhm bekleckert.

(Beifall von der SPD)

Jetzt zum eigentlichen Thema! In der letzten Plenarsitzung vor der Landtagswahl brachte die CDU – Herr Kaiser, Sie werden sich erinnern – einen Antrag zum Thema Weiterbildung ein. Ich möchte einen Passus daraus zitieren. In dem unmittelbar vor der Wahl eingebrachten Antrag heißt es:

„Die Förderung und Stärkung der allgemeinen politischen, kulturellen und beruflichen Weiterbildung sowie der Familienbildung wird durch

eine finanzielle Grundförderung des Landes auf dem Niveau des Jahres 2000 gesichert.“

Das war die Botschaft der CDU an die Weiterbildungseinrichtungen vor der Landtagswahl. Ministerin Sommer bekräftigte dies in der Weiterbildungskonferenz im Jahr 2005, indem sie sagte, dass die Bildung für die Landesregierung Priorität habe. Das beziehe sich auch auf die Weiterbildung, für die das Land eine verlässliche Grundförderung gewährleisten wolle. Das sehe der Koalitionsvertrag ausdrücklich so vor. – So weit die Ministerin im letzten Jahr.

Nach diesen deutlichen öffentlichen Bekenntnissen zur Weiterbildung konnte man davon ausgehen: Die schwarz-gelbe Koalition meint es tatsächlich ernst mit der vierten Säule des Bildungssystems. Weit gefehlt, meine sehr verehrten Damen und Herren! Fehlanzeige auf der ganzen Linie! Genau das Gegenteil ist der Fall. Wir haben es bei der Weiterbildung mit einem besonders krassen Widerspruch zwischen Sonntagsreden und tatsächlichem politischem Handeln zu tun.

(Beifall von der SPD)

In kaum einem anderen Politikfeld klaffen politischer Anspruch und Wirklichkeit so weit auseinander wie in der Weiterbildung. Die Erwartungen der Weiterbildungsträger im Land an die Landesregierung waren groß. Das ist nach den Ankündigungen vor und auch unmittelbar nach der Wahl verständlich. Umso größer ist nun die Enttäuschung, ja streckenweise sogar die Fassungslosigkeit in den Weiterbildungseinrichtungen über das tatsächliche Regierungshandeln.

Ohne mit der Wimper zu zucken, wischt die schwarz-gelbe Koalition ihre eigenen Versprechungen vom Tisch. Statt das Weiterbildungssystem in Nordrhein-Westfalen auf zukünftige Anforderungen auszurichten, betreibt Schwarz-Gelb grob fahrlässig seine Demontage, ganz nach dem Motto: Was schert mich mein Geschwätz von gestern? – Statt ihre Versprechen umzusetzen, kürzt die Koalition der Täuschung und Enttäuschung die Mittel nach dem Weiterbildungsgesetz: rund 6 Millionen € in diesem Jahr und im nächsten Jahr nochmals um 8 Millionen €. Es wird eben nicht draufgesattelt, wie Sie es gerade versucht haben darzustellen, Frau Ministerin, sondern es wird weiter gekürzt. So viel Kurzsichtigkeit ist kaum nachvollziehbar.

Lebensbegleitendes Lernen ist zwingend notwendig, wenn wir ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum erzielen wollen. Dazu bedarf es aber auch einer funktionierenden Infrastruktur. In Nordrhein-Westfalen wird diese von den politisch Verant-

wortlichen gerade systematisch kaputtgeschlagen.

Die OECD schreibt uns zudem ins Stammbuch, dass die Beteiligung an Weiterbildungsmaßnahmen in Deutschland schon jetzt auf einem dramatisch niedrigen Niveau rangiert.

Deshalb wäre es das Gebot der Stunde, die Weiterbildung zu stärken. Deshalb unterstützen wir ausdrücklich die Forderung der Weiterbildungsträger an die Landesregierung, sich zu ihren Ankündigungen vor der Wahl zu bekennen. Alles andere schadet dem Wirtschaftsstandort NRW, aber vor allem den Menschen in unserem Land. – Danke schön.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete Stotz. – Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Klaus Kaiser das Wort.

**Klaus Kaiser (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man diese Debatte ein wenig Revue passieren lässt, kann man feststellen, dass es bei Frau Schäfer immer um zwei Themen geht. Einen Punkt hat Frau Sommer sehr genau beschrieben. Sie sagte, es sei ein Zahlensalat. Ich hatte mir aufgeschrieben, dass das, was Sie vortragen, ein bisschen buchhalterisch ist.

(Carina Gödecke [SPD]: Wir reden doch über den Haushalt in zweiter Lesung! – Ute Schäfer [SPD]: Wir sind beim Haushalt!)

– Genau! Deshalb Frau Schäfer, werde ich auch die nächsten 20 Male noch genau zuhören, wenn Sie uns erklären wollen, dass Sie die 2.000 Stellen, die Sie kw-gestellt haben, nicht realisiert hätten.

(Widerspruch von Ute Schäfer [SPD])

Das müssen Sie mal jemandem klarmachen! Ich glaube, ein besseres Beispiel für Intransparenz oder ein besseres Beispiel für Rosstäuscherei kann man nicht finden.

(Beifall von CDU und FDP)

Der zweite Punkt in dem Zusammenhang kann man vielleicht aus dem Kontext heraus erklären. Es ist ja nicht zufällig, dass Frau Sommer eine der bekanntesten und beliebtesten Ministerinnen des neuen Kabinetts ist.

(Zustimmung von der CDU – Lachen von SPD und GRÜNEN)

Das hat Ursachen: Sie macht nämlich eine gute Politik, was von der Bevölkerung anerkannt wird.

(Beifall von CDU und FDP)

Der kleine Unterschied zu Ihnen, Frau Schäfer, oder auch zu Frau Beer ist nach meinem Eindruck der, dass Sie in der nordrhein-westfälischen Schulwirklichkeit nach Ihrer Regierungszeit noch nicht unmittelbar angekommen sind.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Gödecke?

**Klaus Kaiser (CDU):** Natürlich.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Bitte.

**Carina Gödecke (SPD):** Danke schön, Herr Kaiser. Ich will auf das, was Sie eben gesagt haben, zurückkommen. Kann ich, wenn Frau Sommer, wie Sie eben selbst gesagt haben, die bekannteste Politikerin im Kabinett ist, was daran liegt, dass sie beliebt ist und gute Politik macht, den Umkehrschluss ziehen und sagen, dass all diejenigen, die nicht bekannt sind, schlechte Politik machen und unbeliebt sind?

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zurufe von der CDU: Ah! – Marc Ratajczak [CDU]: Was ist das für ein Scheiß! – Weitere Zurufe von der CDU)

**Klaus Kaiser (CDU):** Nur zur Vollständigkeit: Ich habe gesagt: eine der beliebtesten Politikerinnen. Ich glaube, die Frage können Sie sich selber am besten beantworten. Ich denke, das müssen wir jetzt nicht in diesem Kontext machen.

(Sören Link [SPD]: Eine schwache Antwort!)

– Ja, ich hatte auch eine stärkere Frage erwartet, Herr Link!

(Heiterkeit und Beifall von CDU und FDP)

Ich muss ganz ehrlich sagen: Ich hatte gedacht, dass das irgendwie zum Thema gehört. Insofern war ich wirklich ein bisschen überrascht.

Zur Sache selbst! Überrascht war ich auch vom Beitrag von Frau Beer, und zwar insoweit, als sich erweist, dass Frau Beer regelmäßig, wenn sie hier spricht, eine Abrechnung mit dem dreigliedrigen Schulsystem vorzunehmen versucht. Es regt mich an, und ich höre gelegentlich auch gerne zu, wenn neue Ideen kommen. Auch das hat Frau Sommer richtigerweise angesprochen. Eine Bitte habe ich aber doch, Frau Beer – das gebietet

auch die Fairness und die Entwicklung, die wir zu betrachten haben –: Ihr Feldzug gegen die Hauptschule wird leider nicht an den Toren der Schule zu Ende sein, sondern er wird in die Köpfe der dort arbeitenden Lehrerinnen und Lehrer und in die Köpfe der dort unterrichteten Schülerinnen und Schüler gehen.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich würde Sie bitten, diese indirekte Diffamierung nicht aufrechtzuerhalten. Man kann sich über die Frage sicherlich sachlich auseinander setzen. Das, was Sie machen, finde ich aber wenig hilfreich. Weil ich das zum wiederholten Male in Ihren Redebeiträgen gehört habe, möchte ich darüber meine Enttäuschung zum Ausdruck bringen. Ich glaube, Sie schaffen ein anderes intellektuelles Niveau.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich möchte gerne noch etwas zu Frau Stotz sagen. Sie zitieren den Antrag, den Frau Doppmeier, Herr Recker und ich in der letzten Legislaturperiode unterschrieben haben. Ich selber habe zum damaligen Zeitpunkt nach bestem Wissen und Gewissen unterschrieben. Inhaltlich vertrete ich den Antrag auch heute noch. Nur, der guten Ordnung halber muss ich sagen: Wenn Sie, Frau Stotz, Frau Sommer aus dem Herbst 2005 nach dem Regierungswechsel zitieren und sie mit diesem Antrag in Zusammenhang bringen, dann ist das unfair; denn zum Zeitpunkt der Antragstellung war sie nicht im Amt, nicht Mitglied der Fraktion und hat eine solche Äußerung auch nicht gemacht.

(Beifall von CDU und FDP)

Deshalb: Ihr Gerechtigkeitsfeldzug in Richtung Weiterbildung geht da nicht in Ordnung; das ist in der Weise nicht akzeptabel.

Wenn man die Bilanz der alten Regierung betrachtet, dann merkt man auch, dass positive Meldungen relativ einfach gemacht werden. Wenn die Schulministerin von Nordrhein-Westfalen hier ein Jahr nach Regierungsübernahme als Erfolg verkünden kann, dass ein Schulleiter, der in der Schulleitervereinigung der Gymnasien führend tätig ist, kundtut: „Wir sind erfolgreich, weil wir jetzt 100 % Stellenbesetzung haben“, dann sagt das zum einen etwas über aktive neue Politik, es sagt zum anderen vor allem etwas über die alte Regierung. Sie wissen, wie katastrophal die Unterrichtsversorgung damals war.

(Beifall von CDU und FDP)

Insoweit stecken Sie sich das Zitat mal schön selber hinter den Spiegel.

Ich möchte etwas zur eigenen Politik sagen und was davon im Rahmen des Haushalts wichtig ist. Wenn es einen Punkt in der Schulpolitik der neuen Koalition gibt, über den Konsens besteht, dann den der individuellen Förderung. Sie ist das handlungsleitende Prinzip des neuen Schulgesetzes, gleichzeitig eine Programmatik, die in den nächsten Jahren dazu führen wird, dass sich die Schullwirklichkeit in all unseren Schulen ändern wird. Wir geben der Schule die Verpflichtung auf, jeden Schüler, der dieser Schule anvertraut wird, optimal zu fördern. Das ist ein Paradigmenwechsel, und das setzt die Priorität wieder dort, wo sie hingehört, nämlich auf eine schülerorientierte Schule. Wir brauchen nämlich keine Schulformstrukturdebatten. Das ist das Entscheidende, um das es in den nächsten Jahren geht.

Wir haben bei der Verbesserung der Qualität Erfolgreiches geleistet. Wir sind im Bereich des Ganztags erfolgreich. Wir sind vor allem bei der Qualitätsentwicklung erfolgreich; ich nenne hier nur Qualitätsanalyse, Fortbildung im Lehrerbereich und bessere Unterrichtsversorgung. Die Entwicklung von Qualität in der Schule wird das Markenzeichen der neuen Koalition sein.

Abschließend möchte ich noch einen Punkt zur Weiterbildung sagen: Ich glaube, dass es wichtig ist, die Weiterbildung auf verlässliche Füße zu stellen, wie wir es im Koalitionsvertrag gesagt haben. Das ist dadurch gelungen, dass die Koalitionsfraktionen in den Haushaltsberatungen für die allgemeine Weiterbildung zusätzlich 10 Millionen € bereitgestellt haben.

(Zuruf von der SPD: Und was haben Sie vorher abgezogen?)

Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch – insofern geht das Lob ans Ministerium –, dass es gelungen ist, bis zum Jahre 2010, beginnend mit dem Jahre 2006, ESF-Mittel in Höhe von 12 Millionen € bereitzustellen. Das ist ein Erfolg.

(Zuruf von der SPD: Aber nicht Ihrer!)

Das ist zusätzliches, frisches Geld für die Weiterbildung.

(Beifall von CDU und FDP)

Eine Zahl von gestern ist in diesem Zusammenhang vielleicht wichtig: Etwa 50 % der Volkshochschulen in Nordrhein-Westfalen haben sich im Jahre 2006 an ESF-Projekten beteiligt und rufen diese Mittel ab. Das führt dazu, dass wir im Jahre 2006 eine deutliche Überzeichnung haben und

dass wir sicher davon ausgehen können, dass diese Mittel ab 2007 so abfließen, wie sie bereitgestellt worden sind. Das ist ja gerade von Ihnen, von der Opposition, immer bezweifelt worden. Es zeigt, wie flexibel unsere Weiterbildungslandschaft reagiert und wie wichtig es war, neue Projektmittel bereitzustellen.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Kollege Kaiser, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Beer?

**Klaus Kaiser (CDU):** Nein.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Sie brauchen nur Ja oder Nein zu sagen; mehr ist nicht nötig.

**Klaus Kaiser (CDU):** Frau Beer weiß, dass ich ihr gleich alle Fragen beantworte, die sie an mich hat.

Die ESF-Mittel sind insoweit jetzt zielgerichtet eingesetzt und sie sind eben auch strukturbildend. Seitens unserer Fraktion legen wir besonderen Wert darauf, dass gerade die kleineren Einrichtungen – seien es die kleineren Volkshochschulen oder seien es die kleineren freien Einrichtungen der Weiterbildung – dadurch in ihrer Existenz nicht gefährdet werden. Wir haben ein besonderes Interesse daran, dass sie überleben. Wir sind aber auch daran interessiert, dass sich die Qualität entsprechend weiterentwickelt.

Kurz und gut: Der Bildungshaushalt kann sich in 2007 sehen lassen. Die Bilanz im zweiten Haushalt ist entsprechend positiv. Für die Weiterbildung bieten wir Verlässlichkeit, auch wenn Wünsche nach oben weiterhin offen sind. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Kollege Kaiser. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erhält Frau Löhrmann das Wort.

**Sylvia Löhrmann (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Trotz etwas angeschlagener Stimme möchte ich doch noch einmal auf das eingehen, was gerade gesagt wurde. Herr Kaiser, Sie wissen es doch besser, und die Weiterbildungsträger haben es Ihnen doch auch alle gesagt: Diese ESF-Mittel sind – auch wenn es schön ist, dass sie dazukommen – keine Kompensation für wegbrechende Infrastrukturmittel in

den Kommunen, bei den Trägern und in den Einrichtungen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Insofern wäre es einfacher und viel, viel ehrlicher, Herr Kaiser, wenn Sie sagen würden: In der Weiterbildung haben wir nicht das gemacht, was wir vorher versprochen haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Damit wären Sie viel besser aus der Sache herausgekommen, als wenn Sie sich hier winden und so tun, als würde es besser. Die Menschen vor Ort merken, dass es schlechter wird. So viel noch einmal ganz kurz zum Thema Weiterbildung.

Zu meinem nächsten Punkt. Sie werfen Frau Schäfer vor, zu viel mit Zahlen zu agieren, Herr Kaiser und Frau Ministerin Sommer. Aber was haben denn die Kollegen Recker und Pieper-von Heiden hier getan? Die haben doch auch viele Zahlen genannt: Hier ein bisschen mehr, da ein bisschen weniger! Wie toll sieht das doch alles nach knapp zwei Jahren Schwarz-Gelb aus! – Das ist doch die gleiche Geschichte mit vielen Zahlen gewesen.

Es bleibt, wie es ist: Sie haben in Bildungsfragen einen schlechten Koalitionsvertrag.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben auch einen schlechten Haushalt. Allein diese Zahlenspielchen machen keine bessere Schule, meine Damen und Herren. Aber darauf müssen wir unsere Politik doch insgesamt ausrichten.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es sind nicht die Erbsenzähler, die die Welt verändern, sondern es sind die Phantasten, die die Welt verändern. Deshalb bedanke ich mich ausdrücklich für das Lob von Frau Ministerin Sommer, dass die Grünen gute Ideen hätten. Wir haben uns immer als Programmpartei verstanden, die gute Ideen hat. Wir würden uns natürlich noch mehr freuen, Frau Sommer, wenn Sie diese guten Ideen ein bisschen in Ihre Regierungspolitik aufnehmen würden. Dann könnten wir Sie nämlich nicht nur für Ihr Nettsein loben, sondern auch noch für gute Politik.

Wenn Sie sich schon Berater einladen und mit denen diskutieren, dann will ich Ihnen abschließend einen Satz von Andreas Schleicher in Erinnerung rufen; denn es geht um die Gesamtaufstellung einer Bildungspolitik für die Zukunft der Kinder und Jugendlichen, die Zukunft der Gesellschaft, die Vermeidung von Armut und auch die



Aufstellung unserer Wirtschaft. Dieser Satz – ich zitiere laut „Westdeutscher Zeitung“ – heißt:

„Wenn wir die Kinder des 21. Jahrhunderts in einem Schulsystem unterrichten lassen, das im 19. Jahrhundert konzipiert wurde, kann das so nicht funktionieren.“

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Schleicher hat wieder einmal Recht. Wir müssen unser Schulsystem verändern. Weil Sie das nicht zulassen, bleiben Ihre Politik und Ihre Reaktionen reflexhaft. Sie zeigen nicht in die Zukunft; sie weisen nicht nach vorne. Das ist sehr bedauerlich. Wir lehnen den Haushalt deshalb natürlich ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Frau Kollegin Löhrmann. – Jetzt hat für die FDP-Fraktion noch Herr Witzel das Wort.

**Ralf Witzel (FDP):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch wenn es schön in die Jahreszeit passen würde: Bei Haushaltsberatungen kann man Politik natürlich nicht nur mit dem Geschenkkarton betreiben. Aber gerade weil wir über den Einzelplan 5, also den Bildungshaushalt des Landes Nordrhein-Westfalen, reden, muss ich sagen: Dieser Einzelplan ist wie der gesamte Haushalt grundsätzlich finanziert, er ist zukunftsfähig,

(Zuruf von der SPD: Das glauben Sie doch selber nicht!)

und er setzt die Schwerpunkte in den richtigen Bereichen – und das in Zeiten knapper Finanzen, die Sie uns hinterlassen haben.

(Beifall von der CDU)

Deshalb, meine Damen und Herren, haben die Menschen dieses Landes am 22. Mai 2005 die damalige rot-grüne Koalition der Ernüchterung abgewählt

(Zuruf von der SPD: Nach wie vielen Jahren?)

und der Koalition der Erneuerung das Vertrauen in Nordrhein-Westfalen übertragen.

(Zurufe von der SPD)

Wir konzentrieren uns seitdem auf die Wahrnehmung der Zukunftsaufgaben unseres Landes.

(Zuruf von der SPD: Sie müssen sich noch bei der Landesregierung bedanken! Das ist ein Textbaustein, der noch fehlt!)

Deshalb müssen wir natürlich schauen: Wo stehen wir heute? Wir stehen heute, anderthalb Jahre nach Übernahme der Mehrheit, an einem Punkt, wo wir über eine Viertelmilliarde mehr für Kinder und Jugendliche in Nordrhein-Westfalen ausgeben, als Sie das vorher getan hat.

(Beifall von FDP und CDU)

Über 50 Millionen € mehr für den Ausbildungsbereich, über 200 Millionen € mehr für den Schulbereich!

Damit einmal klar ist, dass die Versprechen von der Koalition der Erneuerung selbstverständlich eingehalten werden: Wir haben uns angeschaut, was Sie im Bildungsbereich strukturell – und haushalterisch hinterlegt – hinterlassen haben. Dann haben wir gesagt: Status quo dessen, was Sie hinterlassen haben, plus 6.400 Stellen, davon 4.000 für die Verbesserung der Unterrichtsversorgung und für die individuelle Förderung und 2.400 Stellenäquivalente für den Ganztagsbereich.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das ist die Theorie!)

Zu diesen Zahlen – Ihre Haushaltsbeschlüsse und unseres obendrauf – stehen wir selbstverständlich und halten Wort, auch wenn die Schülerzahlen mittelfristig stagnieren bis sinken werden.

Das, liebe Frau Schäfer, ist der ganz entscheidende Unterschied zu Ihrer Politik. Sie haben die Stellen nämlich – was früher in der Tat nicht alle Bundesländer gemacht haben – nur 1:1 an steigende Schülerzahlen angepasst. Dabei ist aber nichts an Qualitätsverbesserung im System herumgekommen. Das ist Wahrheit Nr. 1.

Wahrheit Nr. 2 ist, dass Sie in der Schlussphase der rot-grünen Regierung in der Tat diese Ersatz-einstellungen getätigt haben, nachdem Ihre Vorgänger über Jahre hinweg den Unterricht gekürzt und Unterrichtsausfälle legalisiert haben, indem die nicht erteilten Stunden einfach aus den Stundentafeln gestrichen worden sind. Das war nämlich in den Jahren vor Ihnen der Fall. Das hätten Sie erst einmal wieder aufholen müssen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Aber, Herr Witzel, Sie werden sich schon entscheiden müssen, ob Sie die Kollegin tadeln oder loben wollen!)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Kollege Witzel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Sören Link?

**Ralf Witzel (FDP):** Aber gerne doch.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Dann erteile ich ihm das Wort.

**Sören Link (SPD):** Vielen Dank. – Herr Witzel, ich wollte nur nachfragen, ob ich das gerade richtig verstanden habe. Sie haben gesagt, dass Sie innerhalb dieser Legislaturperiode 6.400 Lehrer zusätzlich einstellen werden, und nicht, wie bisher angekündigt, 4.000. Und das gilt trotz der gestrichenen 2.000 im aktuellen Haushalt beziehungsweise in den nächsten zwei Jahren? Habe ich Sie da richtig verstanden? Ist 6.400 jetzt die neue Messlatte?

**Ralf Witzel (FDP):** Herr Kollege, Sie zitieren den Koalitionsvertrag und unsere Verabredungen richtig. Es ist so, wie ich es hier dargestellt habe: Es gibt 4.000 Stellen für die zusätzliche Unterrichtsversorgung und die individuelle Förderung und es gibt 2.400 Stellenäquivalente für den Ausbau des Ganztagsbereichs. Beides gemeinsam – das wurde einvernehmlich verabredet – ergibt ein Volumen von zusätzlichen 6.400 Stellen in dieser Legislaturperiode zugunsten von Kindern und jungen Menschen in diesem Land. Das ist es, was Nordrhein-Westfalen der Koalition der Erneuerung zu verdanken hat. Das ist mehr, als Sie in Ihrer Haushaltsstruktur hinterlassen haben.

(Beifall von FDP und CDU)

So ist die Rechnung richtig. Ich möchte Sie bitten, Herr Kollege, das überall im Land zu kommunizieren, damit den Menschen die Wahrheit bekannt ist und nicht andere Eindrücke, die teilweise von anderen Mitgliedern Ihrer Fraktion verbreitet werden, Platz greifen.

Richtig ist also: Sie haben uns nach Ihrer Abwahl prophezeit, wir würden es über die gesamte Legislaturperiode gar nicht schaffen, einen verfassungskonformen Haushalt hinzulegen. Dafür haben wir gerade einmal etwas mehr als ein Jahr gebraucht. Ich sage Ihnen: Bis 2012 haben wir auch den ausgeglichenen Haushalt.

(Zuruf von der SPD)

Wenn man das will und die Schwerpunkte richtig setzt, dann bekommt man das auch für Nordrhein-Westfalen entsprechend hin.

In den ersten Amtsjahren der neuen Koalition wurden 2.000 zusätzliche Stellen gegen den Unterrichtsausfall bereits eingerichtet. Mit dem Haushalt 2007 wird diese Zahl ein weiteres Mal, und zwar um 1.000 Stellen, steigen. Die Zahl der Lehrerstellen, die für Ganztagsaufgaben eingesetzt sind, wird zum 1. August 2007 um über 400

auf dann fast 1.400 Stellen steigen. Für das Programm „13 plus“ in der Sekundarstufe I werden mit Beginn des Schuljahres 2007/2008 zusätzlich 0,9 Millionen € zur Verfügung gestellt. Mit diesen Mitteln können bis zu 300 zusätzliche Betreuungsgruppen an Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien und Förderschulen eingerichtet werden.

Nordrhein-Westfalen verstärkt seine Anstrengungen zur Ausbildung des benötigten Lehrernachwuchses noch einmal. Im Jahr 2006 haben wir zusätzlich über 400 Stellen für Lehramtsanwärter zur Verfügung gestellt. Und im nächsten Jahr – über den Haushalt 2007 reden wir ja – werden es neben diesen etwas über 400 Stellen noch einmal weitere über 1.300 zusätzliche Stellen sein. Insgesamt stehen dann fast 16.000 Stellen für die Ausbildung des Lehrernachwuchses zur Verfügung.

Während Sie zu Zeiten von Rot-Grün über die zehn Jahre Ihrer Zeit als Koalition der Ernüchterung eine auf Kontinuität angelegte Politik der Lehrereinstellung unterlassen haben, müssen wir infolge dieser Versäumnisse und umgehend aufgrund des hohen Alterskegels die Probleme in den nächsten Jahren lösen. Wir werden sie aber auch beherzt in Angriff nehmen.

Was den Haushalt angeht, sind wir auf einem guten Weg. Aber wir reden bei Haushaltsdebatten in der Tat nicht nur über rein fiskalische Fragen, auch wenn sie natürlich die Hintergrundfolie bilden. Wir reden auch über die politische Ausrichtung und Schwerpunktsetzung. Und deshalb kann ich mich nur ganz ausdrücklich den Worten meiner Vorredner Klaus Kaiser und Bernhard Recker von dem Koalitionspartner anschließen:

Ich bitte die Opposition eindringlich, bei allem politischen Streit, den man hat, und bei allem Ringen in der Sache – dass Sie uns kritisch auf die Finger schauen, ist völlig richtig und in Ordnung – eine Politik zu unterlassen, die ganz gezielt – so wie die Grünen das heute wieder versucht haben – die Hauptschulen an den Rand drängt und die Schüler, die diese Einrichtungen besuchen, absolut negativ darstellt. Ihnen die Perspektivlosigkeit – wie Sie es hier gemacht haben – einzureden, ist hochgradig unfair.

(Beifall von FDP und CDU – Zurufe von den GRÜNEN)

Besuchen Sie viele Hauptschulen in diesem Land! Sie werden sehen: Da sind Menschen, da sind engagierte Lehrer und da sind engagierte Schüler. Es gibt bei allen Schulformen mehr oder weniger gut funktionierende Einrichtungen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Deshalb können wir über strukturelle Fragen sprechen. Wir können darüber sprechen, ob in der Gesamtheit aller Aspekte eine Schulform wie die Gesamtschule bislang von Ihnen bevorzugt wurde und von uns jetzt zusehends mit anderen Systemen gleichbehandelt wird.

(Beifall und Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Das darf aber nie soweit gehen, dass Sie Schüler, die bestimmte Schulformen besuchen, diskriminieren.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Herr Präsident, drehen Sie ihm doch endlich einmal den Saft ab!)

**Ralf Witzel (FDP):** Das ist nicht der richtige Weg. Der richtige Weg ist der, den wir mit diesem Haushalt mit der Setzung von Prioritäten zugunsten von Bildung und zugunsten von jungen Menschen in unserem Land eingeschlagen haben. Das ist nachhaltige, zukunftsfähige Politik im Haushalt und für die Bildung. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Danke, Herr Kollege Witzel. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zum Schluss der Beratung.

Da wir uns verabredet haben, nach 14 Uhr wieder abzustimmen, tun wir das jetzt auch.

Wir kommen zunächst zu den **Abstimmungen zu Einzelplan 05**, über den wir gerade debattiert haben, und zwar zuerst über die Änderungsanträge, die uns auf der Seite 3 Ihrer Tischvorlage – das ist das dicke weiße Papier – mit den laufenden Nummern 17 bis 20 vorliegen.

Als Erstes stimmen wir ab über die laufende Nummer 17, den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/3228**. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind Bündnis 90/Die Grünen und die SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir stimmen zweitens ab über den Änderungsantrag mit der laufenden Nummer 18. Das ist auch ein **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, und zwar **Drucksache 14/3229**. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich

um das Handzeichen. – Das sind Bündnis 90/Die Grünen und die SPD. Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP. Damit ist auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Laufende Nummer 19! Das ist auch ein **Änderungsantrag** der Grünen, **Drucksache 14/3230**. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Bündnis 90/Die Grünen und die SPD. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Damit ist auch dieser Antrag mit Mehrheit **abgelehnt**.

Wir kommen zum Antrag mit der laufenden Nummer 20. Das ist ebenfalls ein **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Drucksache 14/3231**. Wer ist dafür? – Bündnis 90/Die Grünen und die SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Damit ist auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Ich lasse jetzt abstimmen über den **Einzelplan 05** entsprechend der **Beschlussempfehlung**, die Ihnen mit der **Drucksache 14/3005** vorliegt. Wer dieser Beschlussempfehlung und damit dem Einzelplan 05 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist dieser Einzelplan 05 entsprechend der Beschlussempfehlung **angenommen**.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt die **Abstimmungen** auf, die wir vorhin zurückgestellt haben, und zwar **zu Einzelplan 15**. Wir haben zuerst abzustimmen über die Änderungsanträge, die Sie in dem gleichen dicken Papier auf der Seite 2, also eine Seite davor, finden. Diesmal sind es insgesamt 16 Änderungsanträge.

Wir beginnen mit der laufenden Nummer 1: **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/3276**. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Laufende Nummer 2: **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/3277**. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Auch dieser Antrag ist **abgelehnt**.

Laufende Nummer 3: **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/3278**. Wer ist dafür? – Bündnis 90/Die Grünen und SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen. Auch dieser Antrag ist mit Mehrheit **abgelehnt**.



Laufende Nummer 42, **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/3217**. Wer ist dafür? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – SPD-Fraktion. **Abgelehnt.**

Laufende Nummer 43, **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/3218**. Wer ist dafür? – Grüne. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – SPD-Fraktion. **Abgelehnt.**

Laufende Nummer 44, **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/3219**. Wer ist dafür? – Grüne. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – SPD-Fraktion. **Abgelehnt.**

Laufende Nummer 45, **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/3220**. Wer ist dafür? – Grüne. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD. Auch dieser Antrag ist **abgelehnt.**

Meine Damen und Herren, damit kommen wir zur Abstimmung über den **Einzelplan 02** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/3002**. Wer für diese Beschlussempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Die SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Nein, das ist nicht der Fall. Damit ist der Einzelplan 02 entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 14/3002 **beschlossen.**

Meine Damen und Herren, anhand des mir vorliegenden Wortprotokolls hat in der heutigen Sitzung der CDU-Abgeordnete Marc Ratajczak folgende Formulierung in einem Zuruf gewählt: „Was ist das für ein Scheiß!“ Das ist kein parlamentarischer Begriff. Ich rüge dies und erteile dem Abgeordneten Ratajczak einen Ordnungsruf.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, wir kommen zum **Einzelplan 13**:

#### **Landesrechnungshof**

Ich weise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/3013 hin.

Eine Debatte ist hierzu nicht vorgesehen.

Wir kommen direkt zur Abstimmung. Wer dem **Einzelplan 13** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/3013** zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Bei Enthaltung der SPD-Fraktion mit großer Mehrheit der Stimmen von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen so **beschlossen.**

Ich komme zum **Einzelplan 01**:

#### **Landtag**

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/3001.

Auch hier ist eine Debatte nicht vorgesehen.

Wir kommen direkt zur Abstimmung. Ich lasse abstimmen über den **Einzelplan 01** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/3001**. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ist jemand dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so **beschlossen.**

Meine Damen und Herren, ich rufe auf:

### **9 In den Ausschüssen erledigte Anträge**

#### Übersicht 18

Abstimmungsergebnisse der Ausschüsse zu Drucksachen

|            |   |      |
|------------|---|------|
| 14/114     | – | AGS  |
| 14/1557    | – | AF   |
| 14/2108    | – | AWME |
| 14/2405    | – | ABV  |
| 14/2406    | – | AGS  |
| 14/2417    | – | AF   |
| 14/2545 EA | – | AF   |
| 14/2482    | – | HPA  |
| 14/2484    | – | AKV  |
| 14/2542 EA | – | AKV  |
| 14/2747 EA | – | AKV  |
| 14/2489    | – | HPA  |
| 14/2492    | – | AGFI |
| 14/2496    | – | AWME |
| 14/2587    | – | HPA  |

#### Drucksache 14/3179

Die Übersicht 18 gemäß § 79 Abs. 2 der Geschäftsordnung enthält zwölf Anträge, die vom Plenum nach § 79 Abs. 2 Buchstabe c an die Ausschüsse zur abschließenden Erledigung überwiesen wurden, sowie drei Entschließungsanträge.

Der Antrag mit der Drucksachennummer 14/2417 und der Entschließungsantrag Drucksache 14/2545 sind im Innenausschuss und nicht, wie in der Drucksache irrtümlich ausgewiesen, im Ausschuss für Frauenpolitik abschließend beraten und abgestimmt worden.

Das Abstimmungsverhalten der Fraktionen ist aus der Übersicht ersichtlich.

Ich lasse nun abstimmen über die Bestätigung des **Abstimmungsverhaltens der Fraktionen in**

